

Wir haben den Antrag auf Erlass einer Resolution zum Erhalt der Förderschule am Voßbarg eingereicht und ich möchte gerne dazu Stellung nehmen.

Zunächst möchten wir klarstellen, dass wir uns zur UN-Behindertenrechtskonvention bekennen und deren Umsetzung zur inklusiven Bildung unterstützen.

Die Gemeinde Rastede ist per Vertrag mit dem Landkreis Ammerland Schulträger der Schule am Voßbarg mit dem Schwerpunkt Lernen.

Die Förderschule am Voßbarg leistet hervorragende Arbeit. Dieser Punkt ist sicherlich absolut unstrittig. Die über 90 Kinder die dort zur Schule gehen, werden in kleinen Lerngruppen von 8 bis maximal 16 Schülern individuell von speziell ausgebildeten Förderschulkräften unterrichtet. Die Schule wurde nicht nur mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet sondern verfügt über ein ausgezeichnetes Ganztagsschulkonzept mit vielen verschiedenen Angeboten. Hier bündeln sich viele Fachkompetenzen. Die Schülerfirmen „Iss Wass“ mit eigener Kantine und Mittagessen, „Heiße Eisen“ (Wäschepflege) und „Gartenbau“ mit eigenem Schulgarten/Schulacker und Bienen im Schulgarten sind überregional bekannt.

Etwa 80 % dieser Schüler schaffen am Ende der 10. Klasse ihren Hauptschulabschluss, und etwa 25% bis 35 % beginnen danach eine duale Ausbildung oder erreichen höherwertige Schulabschlüsse.

Wir benötigen für alle unsere Kinder die bestmögliche Förderung um die bestmögliche Bildung zu erreichen. Dafür benötigen wir auch das so häufig gebrauchte Wort „Chancengleichheit“.

Chancengleichheit bedeutet allerdings nicht, alle gleich zu behandeln. Gleiche Chancen zu gewährleisten bedeutet, Menschen als Individuen mit bestimmten Stärken und Schwächen zu akzeptieren und sie dementsprechend optimal zu fördern. Daher auch der Name: Förderschule!

Es kann uns nicht egal sein, was mit diesen Kindern, denen eine „Lernschwäche“ bescheinigt wird, in Zukunft passiert.

Wir erwarten, dass die Kinder im Rahmen der Inklusion mindestens genauso gut gefördert werden, wie bislang an der Förderschule. Und die Messlatte an unserer Förderschule hängt sehr hoch! Der Weg zur Inklusion bedarf guter Rahmenbedingungen damit diese bestmögliche Förderung gelingen kann. Dieser Weg zur Inklusion muss behutsam und verantwortbar gegangen werden.

Die Rahmenbedingungen für den Förderbedarf an den Regelschulen sind jedoch noch nicht gegeben. Inklusion an Schulen ist mehr als Behindertentoiletten und Aufzüge zu bauen. Die Inklusion kann nicht nur sachlich stattfinden, sie muss auch inhaltlich stattfinden. Die Bedingungen der inklusiven Beschulung an Regelschulen erfüllen noch nicht die Standardbedingungen der Förderschulen. Zurzeit sind zu viele Fragen offen und zu wenig Förderstunden mit zu wenig Sonderpädagogen an den Regelschulen vorhanden.

Inklusion ist ein langwieriger Prozess. Der Umsetzungsprozess bereitet noch zu viele Schwierigkeiten. Solange diese Schwierigkeiten nicht ausgeräumt sind, muss den Eltern die demokratische Wahlmöglichkeit gegeben werden, die beste Schule für ihr Kind auszusuchen. Je nach den Fähigkeiten und Stärken des eigenen Kindes sollen sich die Eltern für die für ihr Kind geeignete Beschulung entscheiden können und ggf. eine einmal getroffene Entscheidung sogar im Sinne des Kindes auch revidieren dürfen.

Das demokratische Wahlrecht der Eltern ist für uns ein „hohes Gut“! Die Eltern wissen in der Regel, wo ihre Kinder am besten aufgehoben sind. Diese Wahlfreiheit der Eltern aufzuheben ist für uns nicht nachvollziehbar und nicht hinnehmbar!

Frau Kirsten Radke hat mit ihrer Online Petition mehr als 10000 Unterschriften für den Erhalt der Förderschule Am Voßbarg gesammelt und damit die Politik wachgerüttelt. Das sind Eltern die sich für die Wahlfreiheit ihrer Kinder einsetzen und sich berechtigte Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder machen.

Das Schulgesetz soll Ende Mai beschlossen werden um am 01. August 2015 in Kraft zu treten. Noch ist es nicht zu spät und wir können Einfluss nehmen. Es ist sprichwörtlich „fünf vor zwölf“. Ein beschlossenes Gesetz zu revidieren ist so gut wie unmöglich.

Die erfolgreiche Petition gegen die Schließung der Förderschule Sprachen hat gezeigt, dass man gemeinsam viel bewegen kann. Die Förderschulen Sprachen sind aus dem Gesetzentwurf rausgenommen worden.

Deshalb ist es für uns wichtig, dass wir uns hier vor Ort für unsere Schule, für unsere Kinder und für unsere Eltern einsetzen.

Wie gesagt, solange die Rahmenbedingungen an den Regelschulen nicht für eine erfolgreiche inklusive Beschulung dieser Kinder erfüllt sind, setzen wir uns für eine Wahlfreiheit der Eltern und somit für den Erhalt der Förderschule am Voßbarg ein.

Ich möchte an die übrigen Fraktionen appellieren, uns bei dieser Resolution zu unterstützen.

Die Landespolitik wird in Hannover gemacht. Wir müssen jedoch in der Lage sein, uns von der Landespolitik frei zu machen und direkt vor Ort einzusetzen und zu entscheiden.

Kommunalpolitik wird hier vor Ort gemacht und hier vor Ort setzen wir uns für die bestmöglichen Chancen für unsere Kinder ein!

Noch ist es nicht zu spät, lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen setzen.